

PLENUM 2020



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Respekt der Lebensleistung statt Bedürftigkeit im Alter

CARSTEN TRÄGER:

Raus aus der Kohle – rein in die Zukunftstechnologien

GABRIELA HEINRICH:

SPD-Fraktion zurt ihre Position zu China fest

MARTINA STAMM-FIBICH:

Die Notwendigkeit des Intensivpflege- und Rehabilitationsgesetzes

Respekt der Lebensleistung statt Bedürftigkeit im Alter

Nach einem langem Kampf mit der Union haben wir nun endlich Klarheit.

Wir haben es geschafft: Durch unsere Hartnäckigkeit haben wir in der vergangenen Woche die Grundrente beschlossen. Und auch der Bundesrat hat zugestimmt. Ab dem 1. Januar 2021 wird damit sichergestellt, dass lebenslanges Arbeiten auch zu einer guten Rente führt, die nicht durch Sozialleistungen aufgestockt werden muss.

1,3 Millionen Menschen werden in Zukunft spürbar ihre Rente aufbessern können. Insbesondere Menschen, die in ihrem Berufsleben in Teilzeit gearbeitet, Familienangehörige gepflegt, Kinder erzogen oder geringe Gehälter erhalten haben, werden profitieren.

Darunter sind sehr viele Frauen, die sich um ihre Familie gekümmert haben und dafür häufig im Job kürzer getreten sind. Diese Lebensleistung wird in Zukunft endlich anerkannt und nicht mehr durch eine geringe Rente abgestraft.

Lebensleistung statt Bedürftigkeit

Die Grundrente ist keine Sozialhilfeleistung. Im Gegenteil: Sie wird durch eigene Arbeitsleistung erworben. Wer mindestens 33 Jahre gearbeitet hat – ab 35 Beitragsjahren erhält man die volle Grundrente ohne Abschläge – und die Voraussetzungen für einen Grundrentenanspruch erfüllt, bekommt sie genauso wie die Rente von der Deutschen Rentenversicherung ausgezahlt. Die SPD-Bundestagsfraktion



hat deshalb Wert darauf gelegt, dass die Grundrente keine Bedürftigkeitsprüfung vorsieht. Niemand soll sein Haus verkaufen oder sein Sparbuch offenlegen müssen. Die Grundrente soll ohne Antrag automatisch ausgezahlt werden. Hinzu kommt: Der Bürokratieaufwand für eine solche Prüfung wäre enorm. Ebenso die entsprechenden Bürokratiekosten – Geld, das wir im Kampf gegen Altersarmut besser einsetzen können.

Widerstand der Union gebrochen

CDU und CSU haben sich von Beginn an gegen die Grundrente gestellt. Sie nutzten ihre für die Grundrente benötigten Stimmen praktisch bei allen größeren Projekten als Faustpfand, weshalb die Anerkennung der Lebens-

leistung lange auf der Kippe stand. Noch direkt vor der Abstimmung sagte die einflussreiche Mittelstandsunion, dass die Grundrente einen „Verstoß gegen die Grundsätze der CDU“ darstelle. Dass die CDU/CSU-Fraktion letztlich doch für die Grundrente gestimmt hat, zeigt deutlich, dass nur auf Druck der SPD gerechte und soziale Politik in Deutschland umgesetzt werden kann.

Sozialpolitischer Meilenstein

Die Grundrente ist keine neue Idee: Bereits 2012 forderten wir eine Solidarrente, damit Menschen nach jahrzehntelanger Arbeit nicht auf das Sozialamt angewiesen sind. Umso erfreulicher ist es, dass die SPD-Bundestagsfraktion und unser Bundesarbeitsminister Hubertus Heil den Grundstein für ein neues Rentenmodell gelegt haben, das Gerechtigkeit schafft und von dem 1,3 Millionen Menschen zusätzlich auch tatsächlich leben können.

Denn eines ist sicher: Die Grundrente ist ein Meilenstein und wird nicht so leicht von anderen Parteien abgeschafft werden können, die sich auf die Fahne geschrieben haben, die Axt an den Sozialstaat zu legen. Vielmehr werden wir die Grundrente weiterentwickeln können, um Armut im Alter trotz lebenslangem Arbeiten zu verhindern. Das verstehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unter Gerechtigkeit.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://www.facebook.com/carstentraegermdb)

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Raus aus der Kohle – rein in die Zukunftstechnologien!

Der Kohleausstieg ist beschlossen. Spätestens 2038 wird das letzte Kohlekraftwerk in Deutschland vom Netz gehen. Für die betroffenen Regionen gibt es umfangreiche Hilfe und Investitionen in erneuerbare Energien und Wasserstoff.

Es ist eine richtungsweisende Entscheidung auf dem Weg zu einer klimaschonenden Energieversorgung: Als erstes Hochindustrieland steigt Deutschland nicht nur aus Kernenergie, sondern auch aus der Kohle aus. Wir stehen zu den Pariser Klimazielen und wollen bis 2050 klimaneutral werden. Dafür setzen wir die Vorschläge der Kohlekommission fast eins zu eins um, die letztes Jahr Umweltverbände, Gewerkschaften, Industrie und die betroffenen Regionen im Konsens erarbeitet haben.



Schon 2022 werden acht der ältesten Braunkohle-Kraftwerksblöcke abgeschaltet, der erste noch in diesem Jahr. Bis 2030 werden die Braunkohlekapazitäten mehr als halbiert. Bei der Steinkohle gehen sogar noch 2020 die ersten vier Gigawatt vom Netz, bis 2030 wird die Leistung von heute mehr als 20 auf dann acht Gigawatt reduziert. Das ist mehr als die Grünen bei Jamaika verhandelt hatten – eine Einigung auf ein Enddatum gab es damals gar nicht. Ihre Kritik ist deshalb scheinheilig. Die Zertifikate für die eingesparten CO₂-Emissionen werden vom Markt genommen.

Schnellerer Ausstieg ist möglich

2022, 2026, 2029 und 2032 wird die Einhaltung der Klimaziele überprüft und ob die nach 2030 geplanten Stilllegungen

vorgezogen werden können, um den Ausstieg schon im Jahr 2035 oder sogar noch früher zu erreichen. Mit Blick auf die aktuellen Marktpreise spricht einiges dafür.

Strukturförderung und sozialer Ausgleich

Damit der Kohleausstieg sozial ausgeglichen stattfindet und die Kohleregionen gute Zukunftsperspektiven erhalten, haben wir ein Strukturstärkungsgesetz beschlossen und stellen bis 2038 insgesamt 40 Milliarden Euro für die Strukturförderung in den betroffenen Regionen bereit, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten bis zu 5 Jahre Anpassungsgeld, jüngere profitieren durch bessere Weiterbildungsförderung.

Rechtssicherheit und keine betriebsbedingten Kündigungen

Die Kraftwerksbetreiber erhalten bis 2029 Entschädigungen, das gilt natürlich nur für laufende Verträge für genehmigte Kraftwerke. Dafür verzichten sie auf betriebsbedingte Kündigungen und Klagen gegen den Ausstieg. Außerdem wird so die 4-jährige Sicherheitsbereitschaft der Kraftwerke vergütet.

Neuer Schub für die Erneuerbaren und Investitionen in Wasserstoff

Der Solardeckel ist weg, Solarstrom wird stärker gefördert, der Ausbau von Windkraftanlagen erleichtert. Durch die Senkung der EEG-Umlage profitieren die Bürger vom niedrigeren Strompreis und wir investieren neun Milliarden Euro in die Wasserstofftechnologie.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela



SPD-Fraktion zurrt ihre Position zu China fest

Europa muss einen eigenen Weg im Umgang mit China finden.

An China kommt politisch niemand mehr vorbei. Das gilt nicht nur für die Außenpolitik, denn alle Politikfelder haben mittlerweile auch mit China zu tun: Es war an der Zeit, eine sozialdemokratische China-Politik zu definieren.

China hat sich verändert – von einem zwar großen, aber abgeschotteten Land hin zum globalen, offensiven Akteur. Das Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion berücksichtigt die aktuelle Gemengelage. Hier exemplarisch ein paar der wichtigsten Inhalte:

„Für die deutsche Sozialdemokratie muss deutsche Politik gegenüber China Teil der EU-Politik sein“ – so das Papier. An der neuen Gegnerschaft zwischen China und den USA kann Europa kein Interesse haben, deswegen brauchen wir europäische Wege. Wir orientieren uns an einem Vorschlag der EU-Kommission: China ist je nach Fragestellung als Partner, Wettbewerber oder Systemrivale zu behandeln.

China als Partner

Wo Kooperation möglich ist, sollten Europa und China als Partner zusammenarbeiten. In der Vergangenheit hat das mitunter gut funktioniert, zum Beispiel bei Friedensmissionen in Afrika und beim Atomabkommen mit dem

Iran. Multilaterale Ansätze und Formate sind besonders wichtig in zwei Bereichen: Ohne China ist die weltweite Klimakatastrophe nicht aufzuhalten, und wir müssen endlich mit China über konventionelle Abrüstung und nukleare Rüstungskontrolle sprechen.

„China ist Partner, Konkurrent, und Systemrivale. Unsere China-Politik muss das beachten.“

China als Wettbewerber

Im wirtschaftlichen und technologischen globalen Wettbewerb muss Europa seine Hausaufgaben machen, um sich von China nicht überholen zu lassen. Deutschland und die EU dürfen nicht mehr so stark von China

abhängig sein. Abhängigkeit birgt Risiken! Insbesondere gilt das für die digitale Infrastruktur, die Einführung des 5G-Mobilfunks und das superschnelle Internet der neuen Generation.

China als Systemrivale

China teilt nicht uneingeschränkt unsere Werte. Mischt sich China in die europäische Demokratie- und Friedensordnung ein, müssen dem Systemrivalen deutlich Grenzen aufgezeigt werden. Im Positionspapier haben wir im Menschenrechtsbereich eine klare Sprache gewählt. Menschenrechtsverletzungen dürfen nicht relativiert werden und müssen konsequent benannt und in die bestehenden Dialoge mit der Kommunistischen Partei eingebracht werden. Wir müssen aufpassen, dass China nicht sein Menschenrechtsverständnis in die UN-Organisationen trägt, zum Beispiel in den Genfer Menschenrechtsrat. Auch chinesische Entwicklungspolitik sehen wir problematisch und zu wenig nachhaltig.

Zur Wahrheit gehört auch, dass China das multilaterale System je nach Eigeninteresse nutzt. Außerdem bemüht sich China darum, Normen und Werte durchzusetzen, die die bestehende regelbasierte internationale Ordnung entgegen unseren Vorstellungen verändern würden. Das werden wir uns nicht gefallen lassen.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

„Handeln war zum Schutz der Betroffenen notwendig“

Das IPREG wurde kontrovers diskutiert. Patientenwohl steht im Mittelpunkt.

Es gibt Kritik, das Intensivpflege- und Rehabilitationsgesetz (IPREG) beschränke das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen.

Die Debatte um die außerklinische Intensivpflege wird sehr emotional geführt. Selbst unbedenkliche Änderungen treffen manchmal auf großen Widerstand. Weil wir durch das IPREG engheriger kontrollieren, ob alle Qualitätsstandards eingehalten werden, wurde die Befürchtung laut, dass Betroffene bereits bei kleineren Verstößen zwangsweise in stationäre Einrichtungen verlegt würden. Das stand für uns aber nie zur Debatte. Ich bin froh, dass wir der Union noch eine gute Lösung abringen konnten.

Die Befürchtungen sind damit ausgeräumt?

Ich hoffe es. Ich kann nur betonen, dass es mit uns keine Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts der Be-

troffenen gibt. Das gibt auch der Gesetzestext nicht her.

Warum war die Reform überhaupt notwendig?

Eine Überprüfung der 130 intensivmedizinischen Pflegedienste in Bayern hatte ergeben, dass bei zwei Dritteln Auffälligkeiten bestanden, gegen 47 Dienste laufen staatsanwaltschaftliche Ermittlungen. So wurden aus Proitgier Dienstpläne geschönt und unzureichend ausgebildete Hilfskräfte gegen Fachkräfte ausgetauscht. Es gab Hinweise darauf, dass zu wenig getan wurde, um die Betroffenen von der künstlichen Beatmung zu entwöhnen. Ein Handeln war allein aufgrund des Betroffenen schutzes unbedingt notwendig.

Was regelt das Gesetz noch?

Wir erleichtern einerseits den Zugang zur Rehabilitation und stärken das



Wunsch- und Wahlrecht der Versicherten, indem wir den Mehrkostenanteil in der Reha halbieren. Zusätzlich fördern wir Entwöhnungsversuche bei Beatmungspatienten durch entsprechende Anreize. Wird ein Entwöhnungsversuch nicht veranlasst, drohen Vergütungsabschläge.

Weg für die elektronische Patientenakte ist frei

Der Bundestag hat den Weg für die elektronische Patientenakte (ePA) freigemacht. Sie wird in zwei Schritten eingeführt. Ab nächstem Jahr kann die Akte bereits mit Informationen befüllt werden. Ab dem darauffolgenden Jahr kann jeder Versicherte dann freiwillig Befunde, Arztbriefe, U-Hefte, den Impfpass, das Zahnbonusheft, den Mutterpass und einen Notfalldatensatz auf der Akte speichern lassen.

Mit der ePA reduzieren wir Bürokratie und vereinfachen die Abstimmung und Kooperation zwischen einzelnen Leistungserbringern zum Wohle des Patienten.

Dabei wird es möglich sein per App genau auszuwählen, welcher Behandler auf welchen Teil der Akte zugreifen kann. Als Patientenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion war es mir

besonders wichtig, dass wir durch die dezentrale Speicherung der Daten für höchste Datensicherheit sorgen.

Neben der ePA regelt das Gesetz auch die Einführung weiterer digitaler Anwendungen im Gesundheitsbereich. Dazu zählen das E-Rezept und der digitale Überweisungsschein sowie der weitere Ausbau Telematik-Infrastruktur.